

# Neue Gefahren

„Islamistische Radikalisierung auf dem Balkan – neue Gefahren, neue Herausforderungen für die EU?“ war das Thema einer Podiumsdiskussion am 2. Mai 2016 in Wien.

**E**in Großteil der Muslime auf dem Westbalkan würde nach wie vor einem liberalen Islam anhängen, doch die Region sei noch immer ein Post-Krisengebiet, das weder sozial noch ökonomisch befriedet worden sei, sagte Dr. Predrag Jurekovic vom Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement an der Landesverteidigungsakademie des Bundesheeres bei einer Podiumsdiskussion mit dem Titel „Islamistische Radikalisierung auf dem Balkan – neue Gefahren, neue Herausforderungen für die EU?“ am 2. Mai 2016 im Haus der Europäischen Union in Wien.

Die wirtschaftliche Situation sei mit mehr als 60 Prozent Jugendarbeitslosigkeit fatal. Auf Grund der teilweise dysfunktionalen Institutionen herrsche eine stetige Verunsicherung vor. Die Unterstützung durch die EU, die eine Stabilisierung und Professionalisierung erreichen sollte, sei nicht so erfolgreich gewesen wie erhofft, sagte Jurekovic. Die Menschen hätten den Eindruck, in nicht funktionierenden Staaten zu leben. Verstärkt würde dieses Gefühl durch den Umstand, dass die lokalen Eliten in der Ausrichtung ihrer Politik zwischen einer Annäherung an die EU und einem autoritären Regierungsstil schwankten.

Dadurch, dass Korruption sehr weit verbreitet sei, vertrauten viele Menschen ihren Staaten bzw. deren Repräsentanten nicht. Dies führe dazu, dass sie sich beispielsweise salafistischen Gruppen zuwenden bzw. für deren Ideen empfänglicher würden, denn diese gelten als nicht korrupt. In der Region wurden generell radikale Prediger und Strömungen lange Zeit toleriert und es gebe neben der EU geopolitische Spieler wie die Türkei, Russland und Saudi-Arabien, die Einfluss ausüben und auch danach trachten würden, diesen auszubauen. Die EU stehe in einem permanenten Wettbewerb, betonte Jurekovic.



Podiumsdiskussion zum Thema „Islamistische Radikalisierung auf dem Balkan“: „Bewusstsein für die Problematik schaffen.“

**Salafistische Netzwerke.** Dr. Vedran Džihic, Forscher des *Österreichischen Instituts für Internationale Politik (oiip)* und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Donauraum und Mitteleuropa, wies darauf hin, dass Religion erst in den 1990er-Jahren ein entscheidendes Merkmal am Balkan geworden sei. Es sei damals insgesamt zu einer Retraditionalisierung gekommen, trotzdem habe weiterhin innerhalb des muslimischen Spektrums der Islam europäischer Prägung überwogen. Vor allem durch die Mujaheddin, die aus anderen Weltgegenden gekommen seien und auf der Seite der lokalen Muslime gekämpft hätten, seien vermehrt Einheimische radikalisiert worden. Die salafistischen Netzwerke stellten trotz ihrer Verfestigung nach wie vor ein Minderheitenprogramm dar und zwischen ihnen und den traditionellen Gemeinden bestehe ein massiver Konflikt, betonte Džihic. Teile der salafistischen Szene stellten ebenso eine permanente Sicherheitsbedrohung dar, da ihre Anhänger Anschläge ausführten. Immer wieder könne man feststellen, dass es kein vorherrschendes Muster für die Radikalisierung gebe, vielmehr seien es zahlreiche Wege und Motivlagen, die zu solchen Einstellungen führen würden. Eine mangelnde Vision für die Staaten, vor allem in der Europäischen Union, wür-

de einen geeigneten Nährboden schaffen. Da die salafistischen Netzwerke gut verankert seien, würden sie auf absehbare Zeit bestehen bleiben.

## Bewusstseinsbildung.

Radikalisierung sei ein Prozess, in dessen Verlauf ein Individuum zu dem Schluss komme, dass seine politischen Forderungen auch oder nur mit Gewalt durchzusetzen seien, sagte MMag. Ralph F. Pöchlhammer, Mitarbeiter im Bereich strategische Analyse des *Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung*

(BVT). Es gebe kein klares Profil, wer bereit sei, *Foreign Terrorist Fighter* zu werden, sich einer Terrormiliz in einem fremden Land anzuschließen. Die Kombination aus Radikalisierung und Kampferfahrung führe zu einer erhöhten Bereitschaft, Terrorakte zu begehen – auch in der Heimat. Repressive Maßnahmen allein seien auf Dauer nicht ausreichend, es bedürfe eines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes und einer Kooperation in allen Bereichen. Es müsse an verschiedenen Stellen ein Bewusstsein für die Problematik geschaffen werden, betonte Pöchlhammer. In diesem Sinne engagiere sich das BVT in der Prävention durch Sensibilisierungsmaßnahmen, unter anderem bei der Polizei, in Justizanstalten und an Pädagogischen Hochschulen.

BVT-Experte Ralph Pöchlhammer verwies auf die „Beratungsstelle Extremismus“, die im Dezember 2014 beim Bundesministerium für Familie und Jugend eingerichtet wurde und deren Angebot von der Bevölkerung gut angenommen werde. Obwohl es sich primär um eine Einrichtung handelt, die Hilfestellungen gibt, indem sie Angehörige und Besorgte berät und Daten nur bei Gefahr im Verzug weitergibt, habe es auch hier polizeiliche Erfolge gegeben: Personen seien an der Ausreise gehindert worden.



**Polizeinsatz nach einem Terroranschlag in einer Kirche in Saint-Etienne-du-Rouvray in Frankreich am 26. Juli 2016: „Es gibt kein vorherrschendes Muster für die Radikalisierung.“**

**Radikalisierung.** Dr. Daniela PISOIU, Forscherin am oip, beschäftigte sich mit dem Phänomen Radikalisierung auf einer theoretischen Ebene. Laut einer Studie seien in Deutschland die meisten Radikalisierten jung und mehrheitlich männlich, wobei der Anteil der Frauen mittlerweile zunehme. 17 Prozent der Betroffenen seien Konvertiten, die Mehrheit deutsche Staatsbürger. Ein Großteil jener, die nach Syrien reisten, hätte eine niedrige Bildung und sei der Polizei als Kleinkriminelle bekannt gewesen. Bei der Radikalisierung im islamistischen Bereich seien Parallelen zu ähnlichen Prozessen in anderen extremen Weltbildern festzustellen. Die Rolle der Arbeitslosigkeit dürfe nicht überbewertet werden, denn wenn sie (alleine) ein Grund für Radikalisierung wäre, müssten viel mehr Arbeitslose radikalisiert sein, sagte die Wissenschaftlerin. Das Milieu spiele eine große Rolle, denn oft seien es Freunde und Verwandte, die zur Radikalisierung beitragen. Auch die Selbstdarstellung für die Clique zu Hause sei wichtig.

**Offene Jugendarbeit.** Mit dem Thema Jugend befasste sich Werner Prinzjakowitsch, MSc von der Pädagogischen

Abteilung des Vereins „Wiener Jugendzentren“. Der Verein leistet in der Bundeshauptstadt offene Jugendarbeit in Jugendzentren und im öffentlichen Raum. Die Teilnahme an diesen offenen und niederschwellig angelegten Angeboten erfolgt freiwillig und richtet sich überparteilich und überkonfessionell an junge Menschen zwischen 6 und 26 Jahren, die Kerngruppe besteht aus dem Segment der 10- bis 19-Jährigen. Teil des Konzepts ist, dass die Jugendlichen eingebunden werden und die Zentren auch eine Lobby für deren Anliegen sein wollen. Jeder Fünfte der 14- bis 19-Jährigen in Wien (um die 16.000 Heranwachsende) nutze die offene Jugendarbeit permanent oder zumindest regelmäßig. Zwei Drittel davon sind männlich, wenige besuchen ein Gymnasium. Jeder Zweite gab an, Moslem zu sein. Man könne aber beobachten, dass die Religion bei den meisten nur oberflächlich verankert sei, betonte Prinzjakowitsch. Die Religion diene oft dazu, Identität und Gemeinschaft zu stiften. Religiöse Regeln würden letztendlich oft sehr großzügig ausgelegt, so etwa beim Fasten, aber auch gerne herangezogen, um Verhalten zu rechtfertigen, das von den Sozialarbeitern nicht gutgeheißen wird –

wenn es zum Beispiel um das Verhältnis von Männern und Frauen geht. Das Bild vom unpolitischen Jugendlichen sei aber nach seiner Erfahrung falsch: Es gebe ein enormes Bedürfnis, über Gott (buchstäblich) und die Welt zu sprechen. Manche der Jugendlichen seien Verschwörungstheorien sehr zugetan und bei der Vorstellung, dass die USA und Israel die Bösen seien, stimme man dann teilweise auch mit politisch rechten Gruppen jenseits aller Konfessionen überein.

Bemerkenswert sei laut Prinzjakowitsch, dass ein wichtiger Bezugspunkt – und identitätsstiftend für viele Heranwachsende – ihr „Grätzel“ sei und es eine hohe Anerkennung für die Chancen und Möglichkeiten gebe, die in Österreich geboten würden. Es werde oft nicht als Diskriminierung empfunden, dass Österreicher bessere Chancen hätten, dies würden viele Jugendlichen mit Migrationshintergrund als „natürlich“ ansehen. In ihren Heimatländern hätten sie es auch leichter als Österreicher. Heranwachsende mit Migrationshintergrund würden die Zukunft positiver sehen als österreichische Jugendliche, betonte Werner Prinzjakowitsch.

*Paul Schlieffsteiner*